

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chairedakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 686 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Professor Dr. Uwe Holtz
MdB zur Notwendig-
keit, die Vereinten Na-
tionen zu stärken: Die
Menschheit sitzt in ei-
nem Boot.

Seite 1

Peter Zahl MdL und
Udo Kock zu den Be-
ratungen über ein Poli-
zeigesetz für Schles-
wig-Holstein: Gelunge-
ner Kompromiß zwi-
schen Liberalität und
Sicherheit.

Seite 3

Rezension

Ingo Arend stellt das
Buch "Jenseits der Na-
tion" von Heiner Müller
vor.

Seite 5

47. Jahrgang / 16

23. Januar 1992

Die Menschheit sitzt in einem Boot

Zur Notwendigkeit, die Vereinten Nationen zu stärken

Von Professor Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zu-
sammenarbeit

Internationale Politik ist von existentieller Bedeutung für Deutschland. Sie ist für die Lösung der Menschheits- und Überlebensprobleme, die auch uns betreffen, notwendig. Zu diesen Problemen zähle ich insbesondere die Existenz zehntausender Massenvernichtungswaffen, die wachsende Kluft zwischen armen und reichen Ländern, die Überbevölkerung und die drohende Weltklimakatastrophe.

Die tektonische Spannung zwischen den Wohlstandsinselfn im Norden beziehungsweise Westen und den großen Armutsrevieren im Süden und Osten erfordert ganz andere Antworten, ein ganz anderes Verständnis von Politik, als von den Vertretern einzelstaatlicher Souveränität bisher gegeben wurden. Tektonische Spannungen führen immer dann zu Erdbeben, wenn der Druck der widerständigen, sich reibenden Teile zu groß geworden ist. Die Folgen können verheerend sein. Sie gilt es abzuwenden, insbesondere dadurch, daß die weltpolitische Entwicklung gestärkt wird. Dies ist auch die Hauptzielrichtung des von der SPD-Bundestagsfraktion vorgelegten Antrages zur Reform der Vereinten Nationen.

Wenn das Ganze bedroht ist, müssen auch im Ganzen Lösungen gesucht werden - denn wenn das Schiff leckgeschlagen ist, helfen neue bunte Segel und neue Uniformen für die Mannschaft nicht vor dem Ertrinken. Betroffen, das erkennen wir leicht, sind zuletzt eben alle, Arm und Reich. Die Menschheit sitzt in einem Boot - die einen allerdings im schönen Oberdeck, die anderen im verrottenden Unterdeck.

Nach dem Ende der Ost-West-Blockkonfrontation befindet sich die internationale Politik im Umbruch. Die nationalen deutschen Ambitionen sind erfüllt. Das geeinte Deutschland muß in einer sich neu formierenden Welt mit einem dementsprechenden Koordinatensystem seine Verantwortung zumindest zum Teil neu bestimmen. Zu diesen Koordinaten gehören

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120406

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenloser Umgang
mit normalen Zeitungs-
Anzeigen-Papier



- der europäische Bundesstaat statt sich belauernder Nationalstaaten,
- die pan-europäische Zusammenarbeit,
- der transatlantische Zusammenhalt,
- die globale Entwicklung, vor allem die Entwicklung des Südens, weil Entwicklung der neue Name für Frieden ist.

Was meint Entwicklung? Für Hunderte von Millionen von Menschen zuvorderst die Befreiung von Hunger und materieller Not, für alle sicherlich ein Leben in Freiheit. Insofern heißt Entwicklung Befriedigung der Grundbedürfnisse und Verwirklichung der Menschenrechte. Deshalb müssen national wie internationale Entwicklungsstrategien durchgesetzt werden, die - so unser Antrag zur UNO-Reform - "eine auf Dauer tragfähige, menschenwürdige, wirtschaftlich produktive, sozial gerechte und umweltverträgliche Entwicklung weltweit sichern".

Das wichtigste Forum und Handlungszentrum für die Südprobleme, die uns in der Bundesrepublik zum Beispiel in der Form von Flüchtlingen betreffen, sind die Vereinten Nationen.

Deshalb wollen wir Sozialdemokraten die UNO stärken - sie ist heute schon politisch stärker, als sie es je war - und durch eine Reform zu einer neuen Dimension und Qualität der weltweiten Zusammenarbeit kommen. Die Vereinten Nationen müssen - wie es in unserem Antrag zur UNO-Reform heißt - das Instrument zur Schaffung einer stabilen, friedlichen und gerechten Weltordnung sein. Sie müssen dank einer präventiven Friedens- und Entwicklungspolitik zu einem Instrument gewaltfreier Weltinnenpolitik werden. Diese Zielsetzung steht bei uns im Vordergrund, und nicht, Deutsche an die Front zu schicken.

Aus den Vereinten Nationen soll nicht eine Kriegsführungsmacht in der ganzen Welt entstehen, sondern eine Kriegsverhinderungsmacht (Bundespräsident von Weizsäcker). Was nützt, ist eine neue Entspannungspolitik: die wirtschaftliche und soziale Entspannung zwischen Nord und Süd, zwischen reichen und armen Ländern. Neben der West- und der Ostpolitik brauchen wir eine tragfähige Südpolitik, bei der die Bundesregierung bislang über kein in sich stimmiges Konzept verfügt.

Die Handlungsmöglichkeiten der Vereinten Nationen auch auf dem Gebiet Entwicklung und Umwelt müssen deshalb deutlich verbessert werden.

Dies heißt für uns:

1. Das gesamte System der Haupt-, Neben- und Sonderorganisationen der Vereinten Nationen ist zu straffen und mit dem Ziel der Vermeidung von Doppelarbeit und Reibungsverlusten zu überprüfen.
2. Auch die globalen Institutionen wie IWF, Weltbank und GATT müssen in die Gesamtkoordinierung der Vereinten Nationen einbezogen werden. Dabei ist zu prüfen, ob die UN-Entwicklungs- und Handelskonferenz UNCTAD zu einer eigenständigen Sonderorganisation gemacht oder mit GATT zusammengelegt werden sollte.
3. Das UN-Umweltprogramm muß aufgrund des zukünftigen ökologischen Regelbedarfs deutlich aufgewertet werden. Die Bundesregierung muß alles ihr Mögliche tun, damit die bevorstehende UN-Konferenz Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Brasilien zu einem Erfolg wird und daß ein Konzept zum ökologischen Strukturwandel der Weltwirtschaft auf den Weg kommt.
4. Es gilt, die entwicklungspolitische Effektivität auch dadurch zu erhöhen, daß die Zusammenarbeit der Vereinten Nationen mit den Nichtregierungsorganisationen verstärkt wird.
5. Die Entwicklungsländerinteressen sind in den Vereinten Nationen, angefangen vom Sicherheitsrat bis zu den Sonderorganisationen, stärker zu berücksichtigen.
6. Es ist sicherzustellen, daß die Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Vereinten Nationen pünktlich und vollständig erfüllt werden.

Segensreich für Entwicklungsländer (hierzu werden wohl bald auch einige GUS-Staaten zählen) und zugleich ein bedeutsamer friedenspolitische und militärhistorischer Beitrag wäre es, wenn die UNO

künftig auch Schutz- und Garantiefunktionen für die Staaten Übernahme, "die zum einen auf eigene Streitkräfte und Waffen verzichteten und zum anderen bereit sind, sich in Streitfällen einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit verbindlich zu unterwerfen".

Die Bundesrepublik Deutschland sollte ihre Beteiligung an den UNO-Hilfs- und Entwicklungsprogrammen deutlich verstärken, besonders dann, wenn die Regelung globaler Probleme (Eindämmung des Bevölkerungswachstums, Bekämpfung von Fluchtursachen, Schutz der tropischen Regenwälder) auf multilateraler Ebene besser gelöst werden kann. Hier, bei der Übernahme größerer Verantwortung für den Nord-Süd-Ausgleich, sollte die Bundesrepublik Deutschland eine Vorreiterrolle spielen. Meiner Meinung nach wäre es in diesem Zusammenhang ein deutliches Signal, wenn die Bundesregierung Bonn zu einem Nord-Süd-Zentrum ausbauen und dabei auch die Ansiedlung dement-sprechender UNO-Institutionen hier fördern würde.

Die Bundesrepublik hat wie die anderen EG- und OECD-Länder eine aktive Mitwirkungspflicht bei der Stärkung der Vereinten Nationen.

(-/23. Januar 1992/rs/ks)

Gelungener Kompromiß zwischen Liberalität und Sicherheit **Zu den Beratungen über ein Polizeigesetz für Schleswig-Holstein**

Von Peter Zahl MdL

**Polizeipolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein und
Udo Kock**

Vorsitzender des Polizeibeirats beim Landesvorstand Schleswig-Holstein der SPD

Die SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein hat ihre Beratungen zum Landesverwaltungsgesetz ("Polizeigesetz") mit einem einstimmigen Votum abgeschlossen. Damit wurde der Schlußpunkt unter eine außerordentlich intensive und gleichzeitig konstruktive Gesetzgebungsarbeit gesetzt.

Im August 1991 hatte der Landtag den Regierungsentwurf für ein Landesverwaltungsgesetz in erster Lesung beraten. Innenminister Professor Hans-Peter Bull war mit dem liberalen Entwurf auch den Forderungen des Bundesverfassungsgerichts nach Normenklarheit für Datenerhebungen und -verwaltungen gefolgt ("Volkszählungsurteil").

Dieser Regierungsentwurf war auf eine teilweise unsachliche Kritik bei juristischen Vereinigungen gestoßen. Aber auch profilierte Datenschützer meldeten ebenso Bedenken an wie Experten aus dem Polizeibereich, denen einige Regelungen nicht ausreichend schienen. Kritik aus den Perspektiven betroffener Gruppen gehört zu allen Gesetzgebungsverfahren und wird von uns sehr ernstgenommen. Der parlamentarische Auftrag ist hierbei der Ausgleich von Interessen.

Die schleswig-holsteinische SPD-Landtagsfraktion hat nach der ersten Lesung intensive Beratungen eingeleitet. Der Arbeitskreis Innen und Recht veranstaltete allein seit Oktober 1991 über 20 Anhörungen und Arbeitssitzungen, in denen die Kritik gesammelt, bewertet und teilweise in den jetzt vorliegenden Entwurf eingearbeitet wurde. Allein die Gewerkschaft der Polizei wurde dreimal angehört.

Der Polizeibeirat der Landes-SPD hat das Ergebnis einhellig positiv beurteilt, der Landesvorstand der SPD einhellig begrüßt.

Am Ende der Beratungen können wir feststellen: Es ist inzwischen gelungen, zwischen den Interessen kritischer Juristen, konsequenter Datenschützer und sicherheitsorientierter Polizisten weitgehend auszugleichen. Wir möchten dem Innenminister Hans-Peter Bull für seine engagierte und fundierte Kooperation danken. Das mit ihm gemeinsam erarbeitete Endprodukt wird bundesweit Maßstäbe setzen.

Von Anfang an stand zwischen Regierung und Landtagsfraktion fest, mit uns würde es keinen finalen Rettungsschuß, keine "Lizenz zum Töten", im schleswig-holsteinischen Polizeirecht geben. Derartige Forderungen aus dem Polizeibereich mußten wir enttäuschen. Allerdings haben wir erstmals in Schleswig-Holstein eine juristische Absicherung für Beamte geschaffen, wenn dieser Ernstfall eintritt. Schleswig-holsteinische Polizistinnen und Polizisten können sich zukünftig auf den Rücken ihres Dienstherrn verlassen.

Unstrittig war bei uns auch, daß es bei der Gefahrenabwehr keine verdeckten Ermittler geben wird. Einer bundeseinheitlichen Regelung innerhalb der Strafprozeßordnung, also für die Strafverfolgung nach der Begehung von Taten, stehen wir offen gegenüber.

In den Beratungen der letzten Monate hat sich gezeigt, daß in einzelnen Bereichen Konkretisierungen und Ergänzungen den Gesetzentwurf weiter verbessern können:

- In Schleswig-Holstein wird die sogenannte Rasterfahndung in Zukunft nicht mehr möglich sein. Polizelexperten haben uns bestätigt, daß das Instrument der Rasterfahndung ohnehin für die Arbeit der Polizei keine Bedeutung erlangt hat.
- Der Schwelle zum Tätigwerden der Polizei bei der Gefahrenabwehr haben wir präziser definiert, aber den effektiven Einsatz der Polizei dabei nicht gefährdet.
- Die Speicherzeiten für Daten haben wir den berechtigten Wünschen der Datenschutzexperten angepaßt. Die Informationspflicht des Staates gegenüber Tatverdächtigen und gegenüber unbescholtene Bürgerinnen und Bürgern wurde noch weiter ausgebaut. Auch hierbei gilt, daß polizeiliches Agieren nicht eingeschränkt oder verhindert wird.
- Die maximale Haftzeit von Festgenommenen zur Feststellung ihrer Identität haben wir von 24 bis knapp 48 Stunden auf exakt 12 Stunden begrenzt. Dieser Zeitraum reicht alleimal aus, um die Identität einer Person festzustellen.
- Der Personenkreis, über den im Rahmen polizeilicher Vorbeugungsarbeit überhaupt Daten erhoben und gespeichert werden dürfen, ist eingeschränkt. Bloße Kontaktpersonen von Verdächtigen sind jetzt ausgenommen. Damit wird eine weitere Schutzstufe für unbescholtene Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein gewährleistet.
- Der besonders empfindliche Einsatz technischer Überwachungsmittel steht grundsätzlich unter dem richterlichen Vorbehalt. Das heißt, ohne richterliche Anordnung können derartige Instrumente im Bereich der vorbeugenden Gefahrenabwehr nicht angewandt werden.

Der jetzt von der Fraktion vorgelegte Gesetzentwurf stellt einen gelungenen Kompromiß dar zwischen staatlicher Liberalität und staatlicher Sicherheit. Zwischen den berechtigten Interessen der Polizei und den schutzwürdigen Interessen der Bürgerinnen und Bürger.

In Schleswig-Holstein haben weder die Cosa nostra, noch Erich Mielke oder James Bond eine Zukunft. Die Polizistinnen und Polizisten in Schleswig-Holstein können in Zukunft ihrer wichtigen Arbeit auf einer verbesserten rechtlichen Grundlage nachgehen. Den Bürgerinnen und Bürgern des Landes wird ein Höchstmaß an Liberalität und an Sicherheit gewährleistet.

(-/23. Januar 1992/rs/ks)

REZENSION

Was Emanzipation überhaupt ausmacht, ist, Einsamkeit zu ertragen

Heiner Müller: 'Jenseits der Nation', Heiner Müller im Interview mit Frank M. Raddatz, Rotbuch-Taschenbuch 49, Rotbuch-Verlag Berlin 1991, 101 Seiten, 12 Mark.

Was würden die beiden neuen, machtbewußt ins Amt gestiegenen und also von der Notwendigkeit wie Machbarkeit politischen Handelns überzeugten Chefs der SPD- und CDU-Bundestagsfraktion davon halten, wenn ihnen jemand sagte, daß es auf sie, auf die Politik in der nächsten Zeit nicht sonderlich ankäme?

Der Berliner Dramatiker Heiner Müller sieht das so. Die in dem schmalen Bändchen zusammengestellten widerborstigen Anmerkungen und Vorträge der letzten Zeit reflektieren die gegenwärtigen geschichtlichen Umbrüche in gewohnt beißendem Skeptizismus. Wie immer provokant und mit mehr Substanz als alle derzeit gültigen Parteiprogramme und Deutschlandpläne zusammengenommen.

Das liegt daran, daß Müller das anspricht, was Parteien mit ihrem zwanghaften programmatischen Optimismus nie wagen, die allenthalben grassierende Ratlosigkeit nämlich. Seine Metapher für die unvergleichliche Lage derzeit, wo die Parameter nicht mehr stimmen und "kein Wert auf dem anderen bleibt", wo "wir alle ... sozusagen über Nacht in einem Raum mit unbekanntem Dimensionen" stehen, stimmt immer noch. Politik, Kultur und Gesellschaft sieht Müller "In der Lage eines Blinden, der auf einer verkehrsreichen Kreuzung die Entdeckung macht, daß sein Leithund nicht mehr sieht".

Müller sieht die Herausforderung des fundamentalen Umbruchs jenseits der Tagespolitik in einer grundlegenden zivilisatorischen Alternative. Kein Wunder, daß er da Hoffnung nicht gerade auf die Handwerker setzt. Politik sieht Müller eher als Pausenc clown, sie werde erst in drei bis fünf Jahren wieder wichtig: "Was auf der politischen Ebene stattfindet, bleibt ziemlich bedeutungslos, solange es keinen Ansatz für eine Alternative gibt." Da das aber in den nächsten Jahren "überhaupt nicht denkbar" sei, müsse sie sich damit abfinden, solange bloß "Anpassungsvorgänge" zu steuern.

Die größte Gefahr sieht er in dem gegenwärtigen Zivilisationstypus, dem "Maschinenpark, der immer schneller wächst". Die Utopie der westlich-kapitalistischen Staaten sei die Technik, die die Politik zu liquidieren beginne. Der Osten habe, anstatt eine grundlegende Alternative anzubieten, diesen Industrialismus immer nur überholen wollen. Die Bundesrepublik, in der es schon jetzt mehr Fläche für Autos, Straßen Parkhäuser als Wohnraum gebe, sieht er als Ausgeburt dieses Zivilisationstypus, der auch Auschwitz hervorgebracht habe. Der habe den "Menschen auf den Rohstoff, auf das Material plus Zahngold" reduziert: "Auschwitz ist der Altar des Kapitalismus." Die Bundesrepublik habe die Versprechungen des Nationalsozialismus eingelöst: "Jeder Deutsche kann mit einem Volkswagen über die Autobahn rasen, den Müll fegen rechtlose Ausländer weg, und die Bordelle sind voll mit Frauen aus Asien und Afrika."

Das Reservat des Menschlichen

Die eigentlichen Probleme dieses technologischen Zeitalters sieht Müller in dem Abbau zwischenmenschlicher Kontakte: "Der Mörder ist der letzte Mensch, der noch Kontakt sucht" und der "Entwicklung der Wirklichkeit", der Verhinderung der Erfahrung durch Inflation von Information". Die Instrumente dieser technologischen Zivilisation drohen den Menschen zu überwältigen, der statt existieren, nur noch funktionieren solle. Es gelte jetzt, ein "Reservat für das Menschliche, für die biologische Geschwindigkeit des Menschen zu schaffen."

Müller sieht als entscheidendes Problem von Politik und Geschichte die durch Utopie und Ideologie verdrängte Erfahrung der Sterblichkeit: "Wenn man allein ist mit der Uhr, kann man die Tatsache der eigenen Sterblichkeit nicht verdrängen. Also macht man etwas, um die Uhr nicht zu sehen. Man bildet ein Kollektiv und sucht sich eine Utopie. Das ist der Kern der gegenwärtigen Nationalitätenkonflikte. Die Idee des Kommunismus ist in der Geschichte verschwunden, da bildet man ein nationales Kollektiv gegen die Todesangst, ein Notstandsprogramm."

Den "Untergang des Subjektes in der Technologie" vor Augen formuliert Müller als grundsätzliches Gesellschaftsziel, den Kollektivierungszwang des Kapitalismus umzukehren: "Man sitzt überall in der

Weit in derselben Kneipe, frißt dieselbe Scheiße und alle sind glücklich. Denn bei Mc Donalds sind sie ein Kollektiv. Er reformuliert die Begründung politischer Veränderung mit einem existenzialistischen Rekurs und einem individuellen Emanzipationsverständnis. Gesellschaftliche Befreiung gelinge nur auf der Grundlage Individueller: "Was man lernen muß, was Emanzipation überhaupt ausmacht, ist, Einsamkeit zu ertragen."

Müllers Anmerkungen sind eine für jeden Parlamentarier provozierende Absagen an das herkömmliche Politiksystem, an die Mühen der Reformpolitik, das langsame Drehen an der Politikmaschine. Auch die bisherigen Veränderungsansätze auf der Linken, zumal in Deutschland, sieht Müller wegen der "Korruption der revolutionären Bewegungen durch die Kleinbürger", die nur "Zustände" ertragen, "der Wechsel ist ihm verhaßt" und die Intelligenzfeindlichkeit gescheitert. Man sieht die Bilder der Deutschen Einigung förmlich vor sich, wenn er daran erinnert, daß in Deutschland statt nationaler Revolutionen auszufechten immer nur nationale Kompromisse "von den Brillenträgern ausgehandelt" worden seien. Diese Vorliebe für erosfeindliche Bewegungslosigkeit macht Müller im Bild des Kanzlers klar, Sinnbild des deutschen Verhältnisses von Ästhetik und Politik: "Bei Kohl weiß man, der will nichts, der will nur bleiben. Das nimmt ihm keiner übel, das versteht jeder, jeder will bleiben."

Sein nicht aufgegebenes Veränderungsverständnis ist künstlerisch. Trotz seiner Kritik der Utopie, die die Gegenwart immer zugunsten einer "Fiktion von Zukunft" entwertet, gründe in der konstatierten "Retlosigkeit des Denkens" zugleich der utopische Antrieb für die Überschreitung dieses Zustandes. Die große Frage lautet, wie "Zukunft als Qualität" denkbar sei. Diese schöpferische Überwindung der "Schwerkraft des Alten" traut Müller aber nicht administrativer oder parlamentarischer Anstrengung, sondern nur der Kunst als "letzter Autonomie, vielleicht letzter Bereich des Humanen" zu. Nur sie sei mit allen in der Politik ausgemerzten Mitteln, mit Naivität, Traum, Phantasie, Spiel, Subversion und Störung der Ordnung in der Lage eine neue Realität zu entwerfen; "Aus Naivität kommt die Kraft, Phantasie als Realität, als Bestandteil von Realität zu behaupten. Das gilt auch für den Traum".

Politik von den Rändern?

Wenn Müller aber entgegen gängigen Bekenntnissen für eine radikale Trennung von Kunst und Politik, ja für den Ausstieg der Intellektuellen aus dem Politikbetrieb plädiert, dann nicht aus dem fundamentalistischen Mißverständnis, daß die Politik- und Technikmaschine nur noch zerschlagen werden könne, sondern weil er dem sanften Integrationszog der Habitusmühle Politik entgehen will. Die der technologisch-ökonomischen Dynamik hilflos ausgelieferte Politik funktioniere zudem nur noch als Vernebelung, als Theater. Die inhaltliche Trennschärfe einer echten, jetzt noch unbekanntem Alternative verspricht er sich von den Randgruppen und Ausgegrenzten, die als einzige ein originäres, Systemlogik und -geschwindigkeit zuwiderlaufendes Autonomieprinzip verkörpern.

Nur außerhalb der Maschine entgehe man der Gefahr, immer nur deren immanente Bewegungslogik zu reproduzieren. Künstlerisch zu überschreiten, den Maschinenablauf durch einen alternativen Entwurf zu beeinflussen gelinge nur durch die Mobilisierung der intellektuellen und ausgegrenzten Ränder. In scharfem Kontrast zur Politik der kaum noch unterscheidbaren Großparteien formuliert er - ein wenig an die problematische "Große Weigerung" Marcuses erinnernd - "wenn die Intellektuellen ins Zentrum drängen, verlieren sie die Kraft zur Veränderung. Sie müssen am Rand bleiben, am Rand arbeiten. Vom Zentrum aus kann man nichts mehr bewegen. Ins Zentrum gehören die Beamten."

Der Buchtitel ist ein wenig irreführend. Eine neue politische Identität "jenseits der Nation" wird darin nicht recht deutlich, wenn man von der Metapher absieht, das das Europa, das sich nach dem Ende des Systemkonflikts und im Angesicht von Millionen Verelendeter plötzlich "im Freien, den vier Winden ausgesetzt" sieht, nun gezwungen sei, "das Andere in sich aufzunehmen". Überdeutlich aber Müllers Seltenhebe auf eine Politik, die außer nervös-geschäftigem Leerlauf den Blick auf das unbekannte Terrain wirklicher Alternativen nicht mehr wagt und vor lauter historischer Zugluft nur noch mittesüchtig zusammenrückt.

Ingo Arend

(-/22. Januar 1992/rs/fr)
